

Landeshaus
Innen- und Rechtsausschuss
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Aufstehen gegen Rassismus
Schleswig-Holstein
c/o ver.di Kiel-Plön
Legienstr. 22-24
24103 Kiel

Stellungnahme zu den Anträgen:

Besserer Schutz von Demokratinnen und Demokraten gegen rechtsextreme Bedrohungen

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD - Drucksache 19/1605

Rechtsextreme Bedrohungen bekämpfen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
- Drucksache 19/1664

Wir begrüßen die Initiativen, den Rechtsextremismus im Land stärker zu bekämpfen und den Schutz der Opfer vor rechter Gewalt zu stärken.

Eine Stärkung, gerade zivilgesellschaftlicher Akteur*innen, ist dringend geboten.

Personen, die auf sogenannten „Todes- oder Feindeslisten“ stehen müssen darüber umgehend und umfassend informiert werden.

Zu dieser Information gehören die Herkunft der Listen und in welchen Kreisen diese kursieren oder kursiert sind.

Die Information der Betroffenen kann auch eine aktuelle Einschätzung der Sicherheitsbehörden enthalten. Diese muss dann aber auch die Grundlage der jeweiligen Beurteilung der Sicherheitsbehörden enthalten.

Eine Unterrichtung durch die Sicherheitsbehörden ist zwingend vorzuschreiben.

Unbedingt enthalten sein sollte ein unabhängiges Beratungsangebot. Hier ist zebra e.V. (Zentrum für Betroffene rechter Angriffe e.V.) einer Beratung durch staatliche Stellen vorzuziehen.

Für die Beratung ist zebra e.V. mit ausreichenden Mitteln für diese Beratung auszustatten.